

Bauausschusssitzung vom 14.09.2017

Leo-Baustelle außer Kontrolle - Bürgermeister Uhlig droht Baufirma Weiss mit Kündigung - CDU und Freie Wähler beantworten keine Fragen zu Korruptionsvorwürfen- Offener Brief an Kurt Hochstuhl

Baden-Baden, 15.09.2017, 00:00 Uhr, Bericht: Christian Frietsch Die Kriminalpolizei macht im Auftrag der Staatsanwaltschaft ihre Arbeit und kümmert sich um die Korruptionsvorwürfe und mutmaßlichen Preisabsprachen im Zusammenhang mit der Baustelle am Baden-Badener Leopoldplatz und anderen Fällen. Zu ihren Kenntnissen und ihrem Verhaltenskodex befragte *goodnews4.de* alle Fraktionen im Baden-Badener Gemeinderat schriftlich.

Ausführlich geantwortet haben Grüne, FBB und FDP. Die Freien Wähler gaben keine Antwort. Für die Fraktion der CDU nahm Klaus Bloedt-Werner nur mit zwei Sätzen Stellung: «In Urlaubsabwesenheit unseres Fraktionsvorsitzenden teile ich Ihnen als dessen Stellvertreter mit, dass die CDU-Fraktion nicht die Absicht hat Ihre Anfrage zu beantworten. Im Hinblick auf Ihre Art von Journalismus halte ich es für geradezu kotest, dass Sie das Wort 'moralisch' überhaupt nur in den Mund nehmen.» Die Erklärung von Stadtrat Bloedt-Werner ist inklusive Schreibfehler original wiedergegeben. Kurt Hochstuhl, SPD-Fraktionschef, folgte ziemlich devot der CDU-Haltung und intonierte eine Forderung in autokratischer Manier: «Meine Antworten werden vollständig oder gar nicht wiedergegeben.» *Einen offenen Brief richtet goodnews4-Herausgeber Christian Frietsch an den SPD-Politiker.*

Das außer Kontrolle geratene Bauprojekt Leopoldplatz wurde gestern in der Sitzung des Bauausschusses des Baden-Badener Gemeinderats von Baubürgermeister Alexander Uhlig in großer Schärfe dargelegt. Dem verantwortlichen Bauunternehmen Weiss drohte er mit der Kündigung des Vertrags. Nicht etwa wegen möglicher Preisabsprachen oder der Korruptionsvorwürfe, was Aufgabe der Behörden sein wird, sondern wegen offensichtlicher Vertragsverletzungen bei der Leo-Baustelle. Alle Einzelheiten im *goodnews4*-Protokoll.

CDU-Stadtrat Oliver Weiss nahm an der Sitzung nicht teil. Auf Nachfrage von FBB-Stadtrat Martin Ernst war zu erfahren, dass der Stadtrat erkrankt sei. In einer Erklärung hatten die FBB gefordert, dass Stadtrat Oliver Weiss sein Mandat bis zur Klärung der Vorwürfe wegen Preisabsprachen und Korruption ruhen lassen soll.

***goodnews4*-Protokoll zu Bauausschusssitzung von gestern Abend im Rathaus Baden-Baden**

TOP 9 Information zur Baumaßnahme Leopoldsplatz

Erster Bürgermeister Alexander Uhlig eröffnete den Tagesordnungspunkt mit den Worten: «Der Leo bereitet große Sorgen.» Ausgelöst wurden diese neuerlichen Sorgen durch den Bauzeitenplan, den der Erste Bürgermeister von der ausführenden Firma Weiss gefordert hat. Ursprünglich sei die Fertigstellung des ersten Bauabschnitts am Leopoldsplatz – die Arbeiten im Untergrund am sogenannten Infrastrukturkanal – für den 4. August, spätestens jedoch bis zum New Pop Festival geplant gewesen.

Bürgermeister Uhlig berichtete chronologisch von insgesamt drei Bauzeitenplänen.

Dem ersten Bauzeitenplan sei ein Krisengespräch am 14. Juli 2017 mit der Geschäftsleitung der Firma Weiss und den auf der Baustelle Verantwortlichen vorausgegangen. Die Firma Weiss habe dabei Schwierigkeiten mit der Personalstellung auf der Baustelle eingeräumt und habe bestimmte Arbeiten, die außerhalb des Leopoldsplatzes, zum Beispiel in der Luisenstraße und der Sophienstraße liegen, später ausführen wollen, um zunächst nur die Arbeiten direkt im Baufeld auf dem Leopoldsplatz fertigzustellen. Als Ende ihrer Arbeiten für den ersten Bauabschnitt des Leopoldsplatzes habe die Firma Weiss damals den 31. August 2017 zugesagt. Bürgermeister Uhlig habe mit diesem Datum, auf das er sich verlassen habe, Gespräche mit dem Einzelhandel geführt und darüber auch in der öffentlichen Baustellenbegehung informiert.

Im Laufe des Monats August habe sich dann herausgestellt, dass die Bauarbeiten am Leopoldsplatz nur sehr zögerlich voranschritten. Die einzige signifikante technische Änderung, die sich in der Zeit ergeben habe, sei, dass die Seitenwände des Rotenbachkanals nicht tragfähig seien und deshalb abgebrochen und neu geschalt werden müssten, dies würde zwar etwas mehr Zeit durch die Betonierung in Anspruch nehmen, allerdings würde der Abbruch des Rotenbachkanals dadurch erleichtert, was wiederum Zeit sparen würde.

Er habe daraufhin die Firma Weiss aufgefordert, einen neuen Bauzeitenplan vorzulegen, diese habe die von ihm gesetzte Frist «fruchtlos verstreichen» lassen. Erst am 8., 9. September habe die Firma Weiss dann einen neuen Bauzeitenplan vorgelegt. Dieser endete nicht nur erst zum 3. November 2017, sondern, sondern habe auch deutliche Fehler beinhaltet. Beispielsweise sei die Abbindezeit des Betons mit nur einem Tag angegeben worden. Das müsse schon «Superbeton» sein, so Uhlig. Dies sei «einfach grottenfalsch».

Gestern Vormittag (Donnerstag) habe Alexander Uhlig dann die Geschäftsleitung der Firma Weiss und die Verantwortlichen für die Baustelle einbestellt und mitgeteilt, dass der Bauzeitenplan nicht akzeptieren werde. Man habe dann diskutiert, ob eine Beendigung der Baumaßnahmen nur am Leopoldsplatz bis Ende September möglich sei und sei zum dem Ergebnis gekommen, dass dies realistischweise nicht möglich sei. Er habe der Firma Weiss

dann «freigestellt, einen realistischen Bauzeitenplan aufzustellen». Dieser sei gestern (Donnerstag) um 14.39 Uhr per E-Mail eingegangen. Dieser Bauzeitenplan beinhalte alle bei der Firma Weiss in Auftrag gegebenen Arbeiten und ende am Freitag, 10. November 2017.

«Meine Damen und Herren, so geht es nicht», berichtete Bürgermeister Uhlig weiter, dass er gestern (Donnerstag) der Firma Weiss eine Abmahnung geschickt habe und «die Firma Weiss in Verzug gesetzt» habe. Die Firma Weiss müsse nun «bis morgen die für eine zügige Baufortführung/Baufertigstellung erforderlichen Arbeitskräfte und Arbeitsmittel einsetzen», sonst werde der Vertrag gekündigt. Er habe bei der Besprechung gestern Vormittag (Donnerstag) der Geschäftsleitung der Firma Weiss direkt ins Gesicht gesagt, dass man sich unter Umständen voneinander trennen müsse.

Alexander Uhlig merkte an, dass diese Information die Gemeinderäte unvorbereitet treffe und auch die Vertreter der Baden-Badener Einzelhändler – Franz Bernhard Wagener und Matthias Vickermann – diese Informationen nun aus den Medien erhalten würden. Er sehe jedoch keinen Grund, dies «hinter der Tür» zu besprechen, da es sich um ein Thema handle, das die Öffentlichkeit interessiere.

Der Erste Bürgermeister räumte ein, dass der Frost im Winter und die archäologischen Funde zu drei Wochen Verzögerung geführt haben, man habe auch Verständnis, dass bei 35 Grad Außentemperatur nicht gearbeitet werden könne. Dass aber vom ersten Bauzeitenplan im Juli zum aktuellen Bauzeitenplan, ohne signifikante technische Veränderungen zwei Monate dazukämen, gehe nicht. Er habe Herrn Weiss Senior gesagt, dass er das Vertrauen in seine Bauzeitenpläne verloren habe und deshalb die Inverzugsetzung und Kündigungsandrohung erfolgten.

Die Mitglieder des Bauausschusses klopften nach den Ausführungen von Alexander Uhlig Beifall.

Auf Nachfrage von Stadtrat Rainer Lauerhaß, Freie Wähler, ob Erster Bürgermeister Uhlig denn eine Alternative habe, wenn der Vertrag mit der Firma Weiss gekündigt würde, antwortete Alexander Uhlig, dass er dies nur einmal in sechzehn Jahren gemacht habe und wenn es zu einer Kündigung komme, müsse diese auch «sitzen», damit diese auch wirksam sei. Noch sei es ja nicht soweit, es sei aber eine klare Ansage an die Geschäftsleitung der Firma Weiss, mit der er «von Mann zu Mann» gesprochen habe und jetzt müsse man sehen, wie sich die Firma Weiss dazu stelle. Es fehle an Personal, woher das komme, sei ihm egal.

35. Sitzung des Bau- und Umlegungsausschusses

TOP 1 Informationen der Verwaltung

Alexander Wieland, Geschäftsführer der GSE, berichtete, dass man für das Sanierungsgebiet «Südliche Neustadt» in einem öffentlichen, EU-weiten Suchverfahren ein Ingenieurbüro

gesucht habe für die geplanten Tiefbauarbeiten und das Büro Mailänder Consult aus Karlsruhe beauftragt habe.

Erster Bürgermeister Alexander Uhlig berichtete, dass er vom Zustand der Brücken in der Baden-Badener Innenstadt überrascht gewesen sei, auch weil es kein Sanierungskonzept für die Brücken gebe. Dies hänge auch mit dem Personalstand im Fachgebiet Tiefbau zusammen, der sich nun verbessert habe und bemüht sei, den Arbeitsrückstand der letzten Jahre aufzuholen. Das Büro Harrer Ingenieure aus Karlsruhe hat nun ein Gutachten angefertigt für die Fieser Brücke, das von Ingenieur Slobodan Kasic vorgestellt wurde. Demnach ist die 89 Jahre alte Fieser Brücke «nicht zukunftsfähig» sei und Teile des Fußgängerbereich nicht die baugesetzlich geforderte Tragfähigkeit erfüllen. Diese Bereiche sind nun für den Fußgängerbereich gesperrt worden, die Bereiche für den Fahrzeugverkehr sind nicht betroffen. Alexander Uhlig betonte, dass es dringenden Handlungsbedarf. Das Gutachten kommt zu dem Schluss, dass ein «Ersatzneubau» gebaut werden müsse.

TOP 2 Vorhabenbezogener Bebauungsplan «Wohnen am Ooswinkel»

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: Für das Areal des ehemaligen Bauhofs an der Schwarzwaldstraße hat die Baugenossenschaft Baden-Baden eG mit Schreiben vom 19.11.2015 die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes beantragt mit dem Ziel, auch den Bewohnern der historischen Gartenstadtsiedlung «Ooswinkel» barrierefreie Wohnräume in ihrem gewohnten Umfeld zur Verfügung zu stellen. Geplant sind alters- und behindertengerechte Geschosswohnungen sowie Räume für eine neue Geschäftszentrale der Baugenossenschaft Baden-Baden. Im Zuge des Vorhabens werden die privaten und öffentlichen Freiräume im unmittelbaren Umfeld der neuen Wohnanlage aufgewertet. Der Vorentwurf zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan «Wohnen am Ooswinkel» wurde am 19.01.2016 in einer öffentlichen Sitzung erörtert. Von 08.01.2016 bis 05.02.2016 wurde den Behörden sowie Trägern öffentlicher Belange Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung wurde die Anregung zur Verlängerung der Schwarzwaldstraße als Notfahrbahn für die B 500 gegeben. Auch die Träger öffentlicher Belange verwiesen in ihrer Anhörung im Januar 2016 hierauf. Die Freihaltetrasse wurde ebenso wie der erforderliche Fernstraßenabstand berücksichtigt. Weitere Anregungen, wie die Sicherstellung von Rettungswegen, Brand- und Schallschutz sowie Entwässerung etc., wurden in die vorliegende Planfassung eingearbeitet.

Der Bauausschuss stimmte einstimmig zu.

TOP 3 Bebauungsplan «Dienstleistungsbereich Aumattstraße» Auslobung eines nicht offenen kooperativen städtebaulichen Wettbewerbes gemäß den Richtlinien für Planungswettbewerbe (RPW) 2013 für die städtebauliche Entwicklung des Areals zwischen östlicher Aumattstraße und Europastraße B 500

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Der Bau- und Umlegungsausschuss der Stadt Baden-Baden hat in seiner öffentlichen Sitzung am 09.03.2017 (Drucksache 17.135) u.a. den Einleitungsbeschluss für den dargestellten Bebauungsplan «Dienstleistungsbereich Aumattstraße» gefasst (Geltungsbereich siehe Übersichtsplan Anlage 1). Das südöstlich des Aumattstadions zwischen Oosbach und Aumattstraße gelegene Plangebiet stellt sich heute als heterogenes, gemischt genutztes Gebiet dar. Aufgrund städtebaulicher Bedarfe im Dienstleistungssektor soll der exponierte Standort in räumlich günstiger Lage an der grünen Stadteinfahrt Baden-Badens mittelfristig zu einem hochwertigen Dienstleistungsstandort entwickelt werden. Zur Sicherung der städtebaulichen und freiraumplanerischen Qualität bedarf es der Durchführung eines Wettbewerbes entsprechend qualifizierter Stadtplanungsbüros. Von den Teilnehmern soll kritisch geprüft werden, ob und unter welchen Bedingungen der Standort im zuvor genannten Sinne entwickelt werden kann. Zentrales Ziel der Ausloberin Stadt Baden-Baden ist es eine städtebauliche Konzeption von hoher Qualität zu erlangen, die als Rahmenplan der weiteren Entwicklung des Quartieres und der Bauleitplanung zugrunde gelegt werden kann. Da die städtebauliche Aufgabe und Ziele nicht abschließend definiert werden können, wurde das kooperative Verfahren gewählt.*

Der Bauausschuss stimmte einstimmig zu.

TOP 4 Bebauungsplan Horhaldergasse

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Bei der hier vorgesehenen Fläche handelt es sich um eine in Priorität 1 eingestufte Fläche des kommunalen Wohnbauflächenmanagement (KWFM). Für das im Geltungsbereich des Bebauungsplans Maiersbach II liegende Areal (gem. Lageplan vom 24.08.2017) soll der Bebauungsplan geändert werden. Die Änderung wird unter der Bezeichnung Bebauungsplan «Horhaldergasse» geführt werden. Es soll ein Verfahren nach §13 b BauGB durchgeführt werden. Im rechtswirksamen Flächennutzungsplan 2025 ist in diesem Bereich bereits eine Wohnbaufläche dargestellt. Der Bebauungsplan wird somit aus dem FNP entwickelt.*

Beschlussvorschlag: a) Der Gemeinderat beschließt entsprechend § 2 Abs. 1 BauGB den Bebauungsplan Maiersbach II im Bereich der Flst.-Nrn. 1709, 1525/1, 1525/2 sowie in einem Teil der Flst.-Nr. 1712 der Gemarkung Lichtental entsprechend dem beigefügten Lageplan vom 24.08.2016 zu ändern und diese Änderung unter der neuen Bezeichnung Bebauungsplan «Horhaldergasse» zu führen. b) Der Gemeinderat beschließt, das Verfahren als Bebauungsplan nach § 13 b BauGB «Einbeziehung von Außenbereichsflächen in das beschleunigte Verfahren» durchzuführen. Entsprechend § 13b BauGB i.V. §13 Abs. 2 Satz 3 BauGB wird auf die Durchführung einer Umweltprüfung verzichtet. c) Der Gemeinderat beschließt, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit entsprechend § 3 Abs. 1 BauGB durchzuführen. d) Der Gemeinderat beschließt, die GSE als Erschließungsträger zu beauftragen. Ein städte-

baulicher Vertrag nach § 11 BauGB zur Tragung der anteiligen Planungs- und Gestehungskosten zwischen den Grundstückseigentümern und der Stadt ist entsprechend auszuarbeiten.

Der Bauausschuss stimmte einstimmig zu.

TOP 5 Hochwasserschutz in Baden-Baden; Sachstandsbericht

Annika Mengler, Fachgebiet Tiefbau, erläuterte die geplanten Hochwasserschutzmaßnahmen: Neubau Holzhofbrücke, Hochwasserschutzmaßnahmen am Überlsbach, Sägmüllermatte, Dimpelbachverdolung, Sanierung der Karrenbachverdolung, Hochwasserrückhaltebecken Benzenwinkel, Grünes Band an der Oos.

TOP 6 Sachlicher Teilflächennutzungsplan Windenergie – Einstellung des Verfahrens

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: Aufgrund diverser Anträge aus Reihen des Gemeinderates sowie der Bürgerschaft wurden die Verfahrensschritte der erneuten Planoffenlage und der Durchführung einer Bürgerinformationsveranstaltung bisher nicht angegangen. Mittlerweile liegt eine zwischen dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau als oberster Denkmalschutzbehörde und dem Landesamt für Denkmalpflege abgestimmte Stellungnahme zu der Visualisierung von Windenergieanlagen im Hinblick auf die Welterbenominierung «Great Spas of Europe» vor. Dort wird als Fazit ausgeführt, dass nach gegenwärtigem Kenntnisstand nicht auszuschließen sei, dass Windenergieanlagen am Standort «Wettersberg» negative Auswirkungen auf die potentielle Welterbestätte haben könnten. Betroffen wäre die visuelle Integrität des eindrucksvoll in bewaldete Bergrücken eingebetteten Stadtbildes der Kurstadt. Dadurch könnte das Vorhaben eine erfolgreiche Bewerbung Baden-Badens als UNESCO-Welterbe im Rahmen der «Great Spas of Europe» gefährden. Die o.g. Anträge sowie die Stellungnahme werden zum Anlass genommen, den Gemeinderat beschließen zu lassen, das Verfahren des Sachlichen Teilflächennutzungsplans Windenergie einzustellen.

Nach einigen Diskussionen darüber, welche Fraktion von Anfang an gegen Windkraftanlagen auf Baden-Badener Gemarkung gewesen ist, und einer fünfminütigen Pause als die Diskussion zwischen Beate Böhlen, Grüne, und Heinz Gehri, Freie Wähler, zu hitzig wurde, stimmte der Bauausschuss bei einer Enthaltung und einer Nein-Stimme jeweils aus der SPD-Fraktion der Einstellung des Verfahrens zu.

Beate Böhlen wies schließlich noch darauf hin, dass die Windkraftstandorte Hummelsberg und Wettersberg zum Großteil nicht auf Baden-Badener Gemarkung liegen. Windkraftanlagen, die beispielsweise auf Gernsbacher Gemarkung errichtet würden, seien also auch von Baden-Baden aus sichtbar. Alexander Uhlig erklärte, man sei mit Bühl im Gespräch und werde auch mit dem neuen Gernsbacher Bürgermeister nach dessen Amtseinführung den Kontakt suchen. Es sei dann Sache des Gemeinderats ein politisches Signal auszusenden.

TOP 7 Neubau Kindergarten Regenbogen in Steinbach Baubeschluss

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Der Neubau des Kindergartens Regenbogen in Steinbach wurde am 24.10.2016 (Drucksache 16.321) durch den Gemeinderat beschlossen. Der Siegerentwurf des Architekturbüros Benz aus Weissach, welcher aus der anschließenden Mehrfachbeauftragung hervorging, wurde am 06.04.2017 durch den Bau- und Umlungsausschuss (Drucksache 17.141) verabschiedet und die Vergabe der Planungsleistungen freigegeben. Die vorliegende Kostenberechnung auf Basis der Entwurfsplanung ergibt Gesamtkosten in Höhe von 2.250.000 Euro brutto (2.190.000 Euro Baukosten, 60.000 Euro Ausstattung). Im Doppelhaushalt 2016/17 stehen gemäß der damaligen Kostenprognose ohne Planungsgrundlage 1.400.000 Euro brutto zur Verfügung. Das zusätzlich erforderliche Budget in Höhe von 850.000 Euro (790.000 Euro Baukosten, 60.000 Euro Ausstattung) wird in den nächsten Doppelhaushalt 2018/19 eingestellt. Im Vorgriff auf die Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2018/19 werden bereits die weiteren Schritte (Ausführungsplanung, Ausschreibung und Vergabe der Bauleistungen) zur Realisierung der Maßnahme veranlasst. Der Bauausschuss stimmte einstimmig zu.*

TOP 8 Neubau Kindertagesstätte Keltenweg – Vergabe von Planungsleistungen (Tragwerksplanung; Heizung-, Lüftung-, Sanitärplanung)

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Für den Neubau einer 5-gruppigen Kindertagesstätte im Keltenweg hat der Gemeinderat beschlossen, den Entwurf des 1. Preises zur Grundlage der weiteren Planung zu machen und die Preisträger mit der weiteren Planung zu beauftragen. Für die weitere Planung sind Leistungen von Tragwerksplanern, und Planern der technischen Gebäudeausrüstung erforderlich. In einem öffentlichen Suchverfahren sind für die Tragwerksplanung sechs Bewerbungen und für die Planung der Heizungs-, Lüftungs- und Sanitärinstallation (HLS) eine Bewerbung eingegangen. Nach Auswertung der Bewerbungen schlägt die Verwaltung folgende Ingenieurbüros zur Beauftragung vor: - Tragwerksplanung: Zachmann, Ingenieurbüro für Baustatik GmbH, Bühl u. BadenBaden - HLS-Planung: Ingenieurbüro Wieland GmbH, Rastatt.*

Der Bauausschuss stimmte einstimmig zu.

TOP 9 Information zur Baumaßnahme Leopoldsplatz

Siehe oben.

TOP 10 Information zu laufenden Baumaßnahmen

TOP 11 Anfragen aus dem Gemeinderat